

Dossier Februarkämpfe 1934

1918, mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, endete in Österreich auch die Zeit der Habsburgermonarchie. An ihre Stelle trat die Republik. Am 12. November 1918 wurde unter Karl Renner die provisorische Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen. Österreich schrumpfte zu einem Kleinstaat zusammen, an dessen Überlebensfähigkeit gezweifelt wurde. Es bestand der Wunsch nach einem „Anschluss“ an Deutschland. Im Herbst 1919 wurde der Friedensvertrag von St. Germain ratifiziert. Ein „Anschluss“ an Deutschland wurde untersagt und die Bezeichnung „Deutschösterreich“ in Republik Österreich abgeändert.

In Russland, Deutschland (Bayern) oder Ungarn forderten linksrevolutionäre Kräfte die Errichtung einer Rätediktatur. In Österreich verstand es die Sozialdemokratie, die sich als einzige Partei Gedanken über den Zusammenbruch der Monarchie hinausgemacht hatte, diesen Kräften Einhalt zu gebieten. Nach den ersten Wahlen im Februar 1919 – auch Frauen waren zum ersten Mal wahlberechtigt – kam es zur Koalitionsregierung der Christlichsozialen und Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Gemeinsam mit der christlichsozialen Partei konnte eine beispiellose Sozialgesetzgebung verwirklicht werden: Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, Regelung für die Beschäftigung von jugendlichen ArbeiterInnen, Betriebsrätegesetz, Gründung der Arbeiterkammern, eine Schulreform und vieles mehr.¹

Nach dem Krieg war für den Großteil der Bevölkerung das alltägliche Leben durch Armut, Hunger und Kälte geprägt. Neben der Spanischen Grippe, wüteten weitere Krankheiten wie Tuberkulose und Rachitis im Land. Kriegswitwen und -waisen waren auf sich allein gestellt. Zahlreiche Familienmitglieder waren jahrelang getrennt gewesen und viele Frauen haben durch ihren Einsatz im Krieg an neuer Selbstständigkeit dazugewonnen, was nun zu Konflikten im häuslichen Umfeld beitrug. Die Arbeitslosigkeit stieg und unzählige Heimkehrer und Heimkehrerinnen, wie zum Beispiel Soldaten, Pflegerinnen, weibliche Hilfskräfte der Armee, Ärzte und durch den Krieg verletzte Personen, konnten nur schwer Arbeit finden. Zwar kam es in den 1920er Jahren, vor allem in den Städten zu einem Aufschwung, kennzeichnend für

¹ Vgl. Barbara Thosold und Helmut Wohnout: Politische Lager und Zukunftsentwürfe, 23-26, in: Helmut Konrad (Hg.): 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, Wien 2018. URL: https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1541603479_VhoxfY0OoSzd.pdf (10.01.2022); Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Heimo Halbrainer (Hg.): AK Steiermark. 100 Jahre Gerechtigkeit, Graz 2020, 18-19.

diese Entwicklung steht das „Rote Wien“, jedoch befand sich die neu ausgerufene Republik wirtschaftlich gesehen in einer eher ungünstigen Lage. Wichtige Wirtschaftsräume waren durch den Zerfall der Monarchie verloren. Es herrschte ein Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Der Genfer Sanierung und der Währungsreform – der Schilling wurde 1925 eingeführt –, folgte eine weitere Wirtschaftskrise und der New Yorker Börsencrash 1929 ließ die Arbeitslosigkeit wieder in die Höhe schnallen und die Lebenshaltungskosten explodierten.² Die Koalitionsregierung arbeitete gemeinsam an einer neuen Bundesverfassung, welche am 10. November 1920 in Kraft trat. Dem Parlament wurden dadurch umfangreiche Kompetenzen eingeräumt. Es sollte nun aus zwei Kammern, dem Nationalrat (direkt von den Bürgern und Bürgerinnen gewählt) und dem Bundesrat (von den Landtagen entsendet) bestehen.

Das Staatsgrundgesetz 1867 gab den BürgerInnen bereits in der Monarchie wichtige Rechte. Der Grundrechtskatalog wurde in die Verfassung übernommen. Hier ist vor allem der Gleichheitsgrundsatz Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes (B-VG) zu erwähnen. Dazu zählen die Gleichheit vor dem Gesetz, der Schutz der Privatsphäre und die Freiheit von Wissenschaft und Kunst.³

Die Sozialdemokraten schieden jedoch aus der Regierung aus und waren von 1920 bis 1933 in der Opposition. Bis zur Ausschaltung des Nationalrates im Jahr 1933 regierten ausschließlich bürgerliche Parteien (Christlichsoziale Partei, Großdeutsche Volkspartei und Landbund). Das bürgerliche Milieu hatte eine weitgehend gemeinsame jurologische Basis. Die DemokratInnen in ihren Reihen wurden zunehmend an den Rand gedrängt, radikal-autoritäre Kräfte setzten sich mehr und mehr durch. Ziel war die Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ anhand einer ständischen Gesellschaftsordnung. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital solle überwunden werden und der „revolutionäre Schutt“, damit waren die demokratischen Errungenschaften der Sozialdemokratie in den Anfangsjahren der Republik gemeint, sollte weggeräumt werden. Die Sozialdemokraten hatten hingegen ein anderes Verständnis der gesellschaftlichen Ordnung. Der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital solle

² Vgl. Christa Hämmerle: Alltag in der Zeitenwende, 15, in: Helmut Konrad (Hg.): 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, Wien 2018. URL:

https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1541603479_VhoxfY00oSZd.pdf (Download 10.01.2022); Emmerich Talos: Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 10), Wien 2017, 12.

³ [Das Bundes-Verfassungsgesetz | Parlament Österreich](#)

angenommen und eine kapitalistische Ausbeutung überwunden werden, und zwar mittels demokratischer Wahlen auf parlamentarischer Ebene. Durch die Sozialgesetzgebung konnten zwar zahlreiche Verbesserungen für die Arbeiterschaft erreicht werden, jedoch bildeten diese Errungenschaften eine zentrale Konfliktlinie mit dem bürgerlichen Milieu.⁴

Zur Verschärfung der politischen Konflikte trugen auch paramilitärische Wehrverbände bei. Auf bürgerliche Seite stand die den Christlichsozialen und Deutschnationalen nahestehende Heimwehr, auf der Seite der Arbeiterschaft der Republikanische Schutzbund.

Nach Kriegsende bildeten sich in den Dörfern sogenannte „Heimatwehren“. Bauern, Unternehmer und aus dem Krieg zurückgekehrte Militärs schützten sich vor Plünderungen durch die hungernde Bevölkerung oder kamen zum Einsatz bei strittigen Grenzfragen. Diese Einheiten schlossen sich zur Heimwehr zusammen. Es wurde ein autoritäres Programm entwickelt. 1930 schworen sich die Heimatwehren im Korneuburger Eid auf ein faschistisches Programm ein. Das Ziel war die demokratische Republik zu beseitigen. Ihr Feindbild war vor allem die Sozialdemokratie.⁵ In den Worten des christlichsozialen Politikers und Führers der Tiroler Heimwehr Richard Steidle: *„Unser Ziel ist die Reinigung der politischen Luft von den Giftgasen, welche marxistische und Parteiwirtschaft erzeugt haben, die Herstellung der wahren Demokratie durch Befreiung von der Parteidiktatur, die Aufrichtung einer Verfassung, welche Volksrechte und Volksfreiheit verbürgt.“*⁶

Als Gegengewicht wurde 1923 der Republikanische Schutzbund unter Julius Deutsch ins Leben gerufen. Die Anfänge des Republikanischen Schutzbundes gehen auf die nach dem Krieg gegründeten Arbeiterwehren und Ordnergruppen, zum Schutz von Industrieregionen und Fabriken vor Übergriffen und Plünderungen, zurück. Der Republikanische Schutzbund hatte die Verteidigung der Republik, der sozialen Errungenschaften, der Demokratie und des Rechtsstaates zum Ziel.⁷

⁴ Vgl. Emmerich Talos: Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 10), Wien 2017, 5-10.

⁵ Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 2, 23; Vgl. Emmerich Talos: Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 8), Wien 2013, 12-15; Helmut Konrad: [Radikalisierung der Politik - hdgö \(hdgoe.at\)](#) (11.01.2022).

⁶ Zit. n. Emmerich Talos: Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 10), Wien 2017, 11.

⁷ Vgl. Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 39, 34-35; Werner Anzenberger und Martin F. Polaschek, 12. Februar 1934. Widerstand für eine Demokratie, Graz 2004, 42.

Die politischen Konflikte wurden vermehrt auf der Straße ausgetragen. Es kam zu gewaltsamen Übergriffen und zu Zusammenstößen zwischen Heimwehr und Republikanischem Schutzbund. Am 30. Jänner 1927 wurden, bei einer Auseinandersetzung im burgenländischen Schattendorf zwischen Frontkämpfern und Schutzbündlern der Schutzbündler Matthias Csmarits und der sechsjährige Josef Grössing erschossen. Als die Schützen am 14. Juli 1927 freigesprochen wurden, kam es in Wien zu Massendemonstrationen und infolge dessen am 15. Juli 1927 zum Justizpalastbrand. Die Menschen marschierten Richtung Justizpalast, als Symbol für die Rechtsprechung. Die sozialdemokratische Parteispitze konnte die Massen nicht beruhigen. Polizeipräsident Schober, gedeckt von Bundeskanzler Ignaz Seipel und Innenminister Karl Hartleb, erteilte Schießbefehl und die Polizei ging gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Die blutigen Ausschreitungen forderten 89 Tote und über 600 Verletzte.⁸

Die Stimmung radikalisierte sich. Bei der letzten freien Nationalratswahl in der Ersten Republik, am 9. November 1930, war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stimmenstärkste Partei geworden. Im Zeichen der Wirtschaftskrise war die Partei jedoch nicht bereit, eine Politik mitzutragen, die vor allem zu Lasten der Arbeiterschaft ging, und lehnte daher eine Regierungsbeteiligung ab. Die Banken- und Budgetsanierung der bürgerlichen Parteien umfasste umfangreiche Spar- und Steuermaßnahmen. Dies führte auch innerhalb des bürgerlichen Milieus auf Widerstand. Die nationalsozialistische Partei erlangte bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg große Gewinne. Die Regierung hatte zu befürchten, bei den geforderten Neuwahlen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ihre Vormachtstellung zu verlieren. Die Regierung Buresch trat zurück. Am 10. Mai 1932 wurde Dollfuß von Bundespräsident Wilhelm Miklas als Bundeskanzler designiert und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Auch jenseits der Grenzen etablierten sich totalitäre Regime (UdSSR unter Stalin 1924 und Nazideutschland 1933) sowie rechtsautoritäre, faschistische Systeme von Portugal bis ins Baltikum (wie der italienische Faschismus unter Mussolini 1925). Demokratische Standards

⁸ Vgl. Helmut Konrad: Schüsse von Schattendorf, URL: [Schüsse von Schattendorf - hdgö \(hdgoe.at\)](https://www.hdgö.at/hdgoe.at) (10.01.2022); Helmut Konrad: Justizpalastbrand, URL: <https://www.hdgö.at/justizpalastbrand> (10.01.2022); Julirevolte. Der Justizpalastbrand, URL: [Artikel: Julirevolte - Der Justizpalastbrand \(rotbewegt.at\)](https://www.rotbewegt.at/artikel/julirevolte-der-justizpalastbrand) (10.01.2022); Das „Schandurteil von Schattendorf“, URL: [Artikel: Das „Schandurteil von Schattendorf“ \(rotbewegt.at\)](https://www.rotbewegt.at/artikel/das-schandurteil-von-schattendorf) (10.01.2022).

wurden wieder zurückgedrängt, staatliche und gesellschaftliche Bereiche unter politische Kontrolle gebracht. Menschen wurden u.a. verfolgt, eingesperrt, freie Wahlen und die freie Meinungsäußerung abgeschafft.

Der Rechtsextremismus ließ auch in Österreich die Demokratie scheitern. Vom Sanierungsplan der Regierung waren ebenso die Eisenbahner durch starke Lohnkürzungen betroffen. Es kam zum Streik, welchen die Regierung Dollfuß als illegal einstufte und mit Polizeieinsatz auflösen ließ. Dieses Vorgehen führte bei der Parlamentssitzung am 4. März 1933 zu einer heftigen Diskussion und unklaren Abstimmungen. Die drei Nationalratspräsidenten, Karl Renner, Rudolf Ramek und Sepp Straffner, traten zurück. Das Parlament trat ohne weiteren Beschluss auseinander. Diese Situation hätte nach Gesetz und Geschäftsordnung ohne weiteres rechtskonform gelöst werden können. Dollfuß ergriff die Gelegenheit, sprach von einer „Selbstauflösung“ des Parlaments und verhinderte am 15. März 1933 mit Waffengewalt ein erneutes Zusammentreffen der Abgeordneten.

In der Folge begann die Regierung Dollfuß die Demokratie scheinbarweise zu beseitigen, diktatorisch zu regieren und die Grundrechte (u.a. Presse- und Meinungsfreiheit) einzuschränken. An ihre Stelle trat ein autoritäres Herrschaftssystem: Der Verfassungsgerichtshof, freie Wahlen, Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten), und Interessensorganisationen (Bsp.: Arbeiterkammer wurde mit Aufsichtskommissar besetzt) wurden beseitigt. *„Bereits Anfang 1933 hatte Dollfuß im Vorstand der Christlichsozialen Partei keine Zweifel gelassen, dass er zum Äußersten entschlossen war. ‚Wenn die Sozi [...] Dummheiten machen, werden wir mit aller Brutalität vorgehen. In den nächsten fünf Minuten ist das Standrecht in Österreich‘.“*⁹

Die Todesstrafe wurde wiedereingeführt. Die Heimwehren wurden von staatlicher Seite mit Waffenlieferungen versorgt und der Republikanische Schutzbund verboten. Der 1. Maiaufmarsch 1933 wurde mit Waffengewalt verhindert und im Oktober 1933 die Arbeiterzeitung eingestellt.¹⁰

„Es war kein „Ständestaat“, sondern eine durchgebildete Diktatur. Man kann diese Austrofaschismus, aber auch Regierungs- oder Kanzlerdiktatur, bezeichnen. Ihr

⁹ Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 98, 60.

¹⁰ [Zerstörung des Parlamentarismus - hdgö \(hdgoe.at\)](https://www.hdgö.at/zerstoerung-des-parlamentarismus)

Repressionsgrad war erheblich: In ihr wurde gedemütigt und misshandelt, in Anhaltelager gesperrt, gehängt und gefoltert. Gewerkschaften wurden aufgelöst, die Arbeiterkammern gleichgeschaltet. Der diktatorische Terror umfasste auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Soziale Sicherungssysteme wurden – mitten in der Wirtschaftskrise – zurückgefahren, hunderttausende Menschen waren arbeitslos und „ausgesteuert“. Die Menschen konnten sich gegen ihre wirtschaftliche und soziale Unterdrückung nicht wehren: Sie konnten dagegen nicht demonstrieren, nicht in Gewerkschaften organisiert vorgehen, nicht streiken und – vor allem – sie konnten dieses unsoziale Regime nicht abwählen.“¹¹

Ab Anfang Februar 1934 wurden sozialdemokratische Parteiheime, unter der Leitung von Heimwehrführer und Bundesminister für Sicherheit Emil Fey, nach Waffen durchsucht. Am 11. Februar verkündete Fey bei einer Veranstaltung der Heimwehr: *„Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten“*.¹²

Am selben Tag deutete der Schutzbundkommandant von Linz, Richard Bernaschek, darauf hin, dass er sich gegen rechtswidrige Übergriffe der Polizei und der Heimwehren – dazu zählten u.a. illegale Hausdurchsuchungen – verteidigen würde. Am 12. Februar 1934 kam es zur Durchsuchung des sozialdemokratischen Linzer Parteiheims Hotel Schiff. Die Februarkämpfe begannen. Ziel war es die Reste der Demokratie samt der Sozialdemokratie endgültig zu beseitigen.

In Wien stellte sich die sozialdemokratische Parteispitze nur zögerlich hinter den Aufstand.¹³ *„Sie fürchtete zu Recht, den Putschisten um Dollfuß einen Vorwand zu liefern, die Diktatur endgültig zu etablieren. Der letzte politische Einfluss, den die Sozialdemokratie im Staat noch besaß, insbesondere im „Roten Wien“ und in der Gewerkschaftsbewegung, sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. In einer Sitzung der Parteiexekutive [...] beschloss die Parteispitze schließlich den Generalstreik und damit das Signal für den Aufstand. Die Partei, die bereits seit Monaten vor den diktatorischen Anmaßungen der Regierung Dollfuß zurückgewichen war und sich auf Verhandlungen verlegt hatte, blieb aber weiterhin defensiv.“¹⁴ Der Aufstand erfolgte*

¹¹ Werner Anzenberger

¹² Vgl. Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 42, 36.

¹³ Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 5, 24.

¹⁴ Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig und Hans-Peter Weingand (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021, Kommentar 6, 24.

*völlig chaotisch und unkoordiniert – der steirische Abgeordnete zum Nationalrat, Koloman Wallisch [...]sprach von „organisiertem Selbstmord“.*¹⁵

Koloman Wallisch war Landespartei sekretär der Sozialdemokratischen Partei Steiermark und Abgeordneter des Landtages. Die Obersteiermark war neben Graz (Eggenberg) ein Zentrum des Widerstandes. Bereits am 12. Februar befand sich Bruck an der Mur in der Hand der Widerständler unter Kolomann Wallischs Führung. Das anrückende Militär konzentrierte sich am nächsten Tag auf die Eroberung des Schlossbergs, er wurde mit Haubitzen (Geschützen) und Minenwerfern unter Beschuss genommen. Die Verteidiger mussten flüchten und wurden von der Polizei verfolgt. Die Flucht von Koloman Wallisch mit einer Gruppe von Schutzbündlern über die verschneite Gleinalpe nach Jugoslawien war nicht erfolgreich. Wallisch wurde gefangen genommen und zum Tode verurteilt. Um Wallisch am 19. Februar 1934 hinrichten zu können, ließ die Regierung das Standrecht über das Ende der Kämpfe hinaus aufrechterhalten.¹⁶

Frauen waren ebenso am Widerstand beteiligt. Zwar sagt die ungünstige Quellenlage nichts darüber aus, ob sie mit der Waffe in der Hand mitgekämpft haben, jedoch waren Frauen an militärischen Aktionen, wie dem Transport von Waffenmaterial, dem Laden von Waffen und dem Aufbau von Barrikaden beteiligt. Es organisierten sich ganze Frauennetzwerke, die die Männer mit Nahrung, Kleidung und sanitärer Unterstützung versorgten. Zudem betätigten sich Frauen als Fluchthelferinnen und versteckten gesuchte Personen. Auch nach der Niederschlagung des Februaraufstandes waren Frauen an vielfältigen Formen des Widerstandes beteiligt.¹⁷

¹⁵ Werner Anzenberger: 130 Jahre Koloman Wallisch. Ein sozialer Gestalter zwischen Demokratie und Diktaturen, in: Bernd-Christian Funk und Nora Melzer-Azodanloo (Hg.): Festschrift für Günther Löschnigg. Arbeiten in Würde, Wien 2019, 1.147.

¹⁶ DÖW: Februar 1934 in der Steiermark, URL: [DÖW - Erinnern - Fotos und Dokumente - 1934 - 1938 - Februar 1934 in der Steiermark \(doew.at\)](https://doew.at) (10.01.2022); Werner Anzenberger und Martin F. Polaschek: 12. Februar 1934. Widerstand für eine Demokratie, Graz 2004, 223-239.

¹⁷ Karin Schmidlechner: Austrofaschistische Geschlechterpolitik und Frauenwiderstand in der Steiermark, in: Werner Anzenberger und Heimo Halbrainer (Hg.): unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 197-216; Martin Polaschek: Die verschwundenen Frauen des 12. Februar 1934 – eine Spurensuche in der Steiermark, in: Heimo Halbrainer und Martin Polaschek (Hg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark, Graz 2007, 25-30; Gabriele Russ: „Wo du bist, will auch ich sein“ – Von der Notwendigkeit einer Gendergerechten relecture des Februar 1934, in: Heimo Halbrainer und Martin Polaschek (Hg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark, Graz 2007, 31-46.; 2007, 31-46; Veronika Duma und Hanna Lichtenberger: Geschlechterverhältnisse im Widerstand: revolutionäre Sozialistinnen im Februar 1934, in: VGA: Abgesang der Demokratie. Der 12. Februar 1934 und der Weg in den Faschismus, Wien 2013, 55-81; Ute Sonnleitner: Zwischen Jugoslawien und Spanien. Exil und (steirischer)

Am Ende der 4-tägigen Kämpfe wurde die Sozialdemokratie verboten, es kam zu unzähligen Verhaftungen und neun Hinrichtungen.

Widerstand 1933-1938 aus der Geschlechterperspektive kritisch hinterfragt, in: Evelyn Adunka (u.a. Hg.): Exilforschung: Österreich. Leistungen, defizite und Perspektiven, Wien 2018, 66.

Literatur (Auswahl)

Anzenberger, Werner/Grabuschnig, Anja/ Weingand, Hans-Peter (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter, Wien 2021.

Anzenberger, Werner/Grabuschnig, Anja/Halbrainer, Heimo (Hg.): AK Steiermark. 100 Jahre Gerechtigkeit, Graz 2020.

Anzenberger, Werner: 130 Jahre Koloman Wallisch. Ein sozialer Gestalter zwischen Demokratie und Diktaturen, in: Funk, Bernd-Christian/ Melzer-Azodanloo, Nora (Hg.): Festschrift für Günther Löschnigg. Arbeiten in Würde, Wien 2019, 1.147.

Anzenberger, Werner/Halbrainer, Heimo (Hg.): Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014.

Anzenberger Werner / Polaschek Martin, Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934, Graz 2004.

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer: Bruck/Mur 1931. Eine Region im politischen Widerstand, Bruck 1999.

Dreidemy, Lucile: Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien 2014.

Duma, Veronika/Lichtenberger, Hanna: Geschlechterverhältnisse im Widerstand: revolutionäre Sozialistinnen im Februar 1934, in: VGA: Abgesang der Demokratie. Der 12. Februar 1934 und der Weg in den Faschismus, Wien 2013, 55-81.

Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.): Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien 1984.

Konrad, Helmut (Hg.): 1918-2018. Die Anfänge der Republik Österreich im internationalen Kontext, Wien 2018. URL: https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1541603479_VhoxfY0OoSzd.pdf (10.01.2022).

Polaschek, Martin: Die verschwundenen Frauen des 12. Februar 1934 – eine Spurensuche in der Steiermark, in: Halbrainer Heimo/ Polaschek, Martin (Hg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark, Graz 2007, 25-30.

Renner Institut: Alles vergessen? Nachdenken über den Februar 1934, Graz 1995.

Russ, Gabriele: „Wo du bist, will auch ich sein“ – Von der Notwendigkeit einer Gendergerechten relecture des Februar 1934, in: Halbrainer Heimo/ Polaschek, Martin (Hg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark, Graz 2007, 31-46.

Schmidlechner, Karin: Geschlechterpolitik und Frauenwiderstand in der Steiermark, Anzenberger, Werner/Halbrainer, Heimo (Hg.): Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 197-216.

Sonnleitner, Ute: Zwischen Jugoslawien und Spanien. Exil und (steirischer) Widerstand 1933-1938 aus der Geschlechterperspektive kritisch hinterfragt, in: Adunka, Evelyn (u.a. Hg.): Exilforschung: Österreich. Leistungen, Defizite und Perspektiven, Wien 2018, 66.

Talos, Emmerich (Unter Mitarbeit von Florian Wenninger): Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 10), Wien 2017.

Talos, Emmerich: Das austrofaschistische Österreich 1933-1938 (= Politik und Zeitgeschichte; 8), Wien 2013.

Wallisch, Paula: Ein Held stirbt, Graz 1946.

Wallisch, Paula: Der Weg geht weiter. Aus den Erinnerungen von Paula Wallisch, Graz 1974.

Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien 2013.

Linksammlung (Auswahl)

[Februar 1934 \(12februar1934.at\)](http://12februar1934.at)

[Die Gesellschaft um 1930 vom 16.11.2009 – ORF-TVthek](#)

[DÖW - Erinnern - Fotos und Dokumente - 1934 - 1938 - Februar 1934 in der Steiermark \(doew.at\)](#)

[Artikel: Julirevolte - Der Justizpalastbrand \(rotbewegt.at\)](#)

[Artikel: Das „Schandurteil von Schattendorf“ \(rotbewegt.at\)](#)

[Artikel: Der Republikanische Schutzbund \(rotbewegt.at\)](#)